

Greta Thunberg

Autismus ist meist ein Handicap.
Aber Betroffene sind grundehrlich

LEBEN & WISSEN 4

One of a Million

Am Musikfestival in Baden gibt es viel
zu entdecken. Das sind unsere Tipps

KULTUR 16

Michelle Gisin

Saisonende für die
Olympiasiegerin

SPORT 13



Über die reformierte Kirche in Turgi wird im Februar abgestimmt. SANDRA ARDIZZONE

Prämienstreit: Aargauer SP droht Kanton mit einer Klage

Krankenkassen Sozialdemokraten starten
nach Bundesgerichtsurteil eine Offensive

VON KARI KÄLIN UND EVA BERGER

Verbilligung bei den Krankenkassenprämien sollen nicht nur die einkommensschwächsten Haushalte erhalten, sondern auch der Mittelstand: Dieses Verdikt hat das Bundesgericht zu einem Streitfall im Kanton Luzern gefällt. Das Urteil aus Lausanne hat politische Folgen. Die SP fordert alle Kantone, die die Einkommensgrenze für den Erhalt staatlicher Zuwendungen zu hoch veranschlagt haben, zum Nachbessern auf. Sie gibt ihnen dafür einen Monat Zeit. Wenn sie bis dann nicht Gegenmassnahmen einleiten, «werden wir jene Kantone, die an willkürlichen und zu tiefen Grenzwerten festhalten, verklagen», kündigte SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi am Montag vor den Medien in Bern an.

Besonders ins Visier nehmen die Sozialdemokraten jene Kantone, darunter Aargau, Luzern, Bern und Wallis, die den Mittelstand in allen möglichen

Haushaltskonstellationen nicht entlasten. Die SP geht davon aus, dass nach dem neuen Urteil des Bundesgerichts schweizweit rund 300 000 Haushalte neu Anrecht auf Prämienverbilligung haben. Für die Kantone würde das Mehrausgaben in dreistelliger Millionenhöhe bedeuten.

Der Grosse Rat entscheidet

Der Aargauer Grosse Rat behandelt an der nächsten Sitzung im März das Dekret zur Prämienverbilligung für das Jahr 2020 und entscheidet damit über die Höhe der Verbilligungen. Ob die SP-Fraktion das Dekret zurückweist oder per Antrag einen höheren Prämienverbilligungsbetrag erwirken will, ist offen. Zudem sind Vorstösse in Planung, um eine Anhebung der Beiträge zu erwirken. Eine Klage gegen den Kanton ist noch nicht beschlossen, könnte aber das letzte Mittel sein, sagt Parteipräsidentin Gabriela Suter.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 6, 20/21

Venezuela

Schweiz unterstützt
EU-Ultimatum für
Neuwahlen nicht

Während die EU dem venezolanischen Regime unter Nicolás Maduro ein Ultimatum stellt, übt sich die offizielle Schweiz in Zurückhaltung. Kaum ein Politiker stimmt in den wachsenden Chor der internationalen Stimmen ein, die Maduro zu Neuwahlen überreden wollen. Stattdessen betont man lieber die Vermittlerqualitäten der Schweiz. Doch diese sind bislang nicht gefragt. Eine Konsequenz hat Bern aus der sich zuspitzenden Krise aber gezogen und die Reisehinweise für Venezuela verschärft. SEITE 2/3

Wirtschaftskriminalität

Betrugsfall ASE
geht in die
zweite Runde

Ab morgen wird der Betrugsfall ASE vor dem Aargauer Obergericht verhandelt. In erster Instanz wurden die Hauptangeklagten Martin Schlegel und Simon Müller zu Freiheitsstrafen von neun und fünf Jahren verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, mit einem Schneeballsystem knapp 2000 Anleger um 170 Millionen Franken betrogen zu haben. Schlegel ist geständig, fordert aber eine tiefere Strafe. Müller dagegen verlangt einen vollständigen Freispruch, während die Staatsanwaltschaft auf ein härteres Urteil pocht. SEITE 9

KOMMENTAR

Kosten bremsen
statt umverteilen

Das Bundesgericht hat ein Machtwort gesprochen. Die Kantone können bei sozialen Leistungen nicht grenzenlos sparen. Im konkreten Fall sollen im Kanton Luzern auch Haushalte mit mittleren Einkommen Prämienverbilligungen beziehen können. Das ist konsequent. Bei der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung



von Anna Wanner

wurde versprochen, dass die Prämien die Schweizer Haushalte nicht allzu arg belasten dürfen. Doch neue Zahlen des Bundesamts für Gesundheit zeigten unlängst, dass Prämien im Schnitt 14 Prozent des verfügbaren Einkommens auffressen.

Das Urteil und die erwähnten Zahlen verleihen der SP Aufwind. Sie will mit einer Initiative die Prämienlast bei 10 Prozent begrenzen. Für viele klamme Haushalte klingt das wie ein Heilsversprechen. Zwar ist es richtig, Familien zu entlasten. Doch geht die Rechnung der SP leider nicht auf. Sie will die Kosten von den Prämien- zu den Steuerzahlern verschieben, umverteilen eben. Klüger wäre es aber, die rasant wachsenden Gesundheitskosten zu stoppen und damit alle zu entlasten.

Natürlich sind komplexe Gesundheitsreformen mühsamer auszuhandeln und schwieriger zu vermitteln als plakative Rezepte. Doch sind Reformen erstens in ihrer Wirkung nachhaltiger und lassen zweitens den Kantonen eine gewisse Autonomie, über Sozialabgaben zu verfügen. Einen Vorteil hat die SP-Initiative trotzdem: Unter ihrem Druck raufen sich zerstrittene Gesundheitsakteure eher zusammen. So können wichtige Reformen auch tatsächlich glücken.

@anna.wanner@chmedia.ch

MEINUNGSSEITE

Martin Straumann zur Begabtenförderung im Klassenzimmer

«Schulen und Lehrer
nicht stärker belasten.»

SEITE 18



Kirchen sollen unter Schutz gestellt werden

Turgi Widerstand gegen Pläne des Gemeinderates wächst

Im Februar wird in Turgi an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung darüber abgestimmt, ob die reformierte und die katholische Kirche unter Denkmalschutz gestellt werden. Die beiden Kirchenpflegepräsidenten

wehren sich gegen den Vorschlag des Gemeinderates und setzen sich für eine Rückweisung ein. Die Kirchgemeinden sollen auch in Zukunft selber entscheiden können, wie die Gotteshäuser aussehen. SEITE 18, 23



VERKEHR IM AARGAU

Falschfahrer: Das rät
die Kantonspolizei

Eine 42-jährige Geisterfahrerin hat am Sonntag auf der A1 im Birrfeld einen Unfall verursacht. Roland Pfister, der Sprecher der Kantonspolizei Aargau, erklärt, wie man sich im Fall von Geisterfahrern am besten verhält. SEITE 36



PSYCHIATRIE IM AARGAU

Hochsicherheitstrakt
für kranke Straftäter

Die Psychiatrischen Dienste Aargau planen für 29,1 Millionen Franken einen Bau für psychisch kranke Straftäter (siehe Visualisierung). Dies ist eine Reaktion auf mehrere Ausbrüche, unter anderem jenen von Kris V. im Mai 2016. SEITE 22

ABWASSER-PROJEKT

Kläranlage macht den
Hallwilersee sauberer

Aargauer und Luzerner planen im Seetal eine Kläranlage für 140 Millionen Franken. Die erste kantonsübergreifende Anlage soll unter anderem den Hallwilersee entlasten. Sie bringt aber nicht nur ökologische Fortschritte. SEITE 22